

- 2 **Arbeitswelt:** Wer im Homeoffice sitzt
- 3 **Beschäftigung:** Outsourcing drückt die Löhne
- 4 **Immobilienmarkt:** Niedrigzinsen verursachen keine Blasen
- 6 **Europa:** Dem Aufschwung fehlt die Kraft
- 6 **Wirtschaftspolitik:** Sparen kostet Wachstum
- 7 **Mitbestimmung:** Regeln für die digitale Zukunft

VERTEILUNG

Arm bleibt arm

Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland geht an Teilen der Bevölkerung vorbei. Die Ungleichheit der Einkommen ist zuletzt wieder gestiegen, die Aufstiegschancen sind geringer.

Die Wirtschaft ist kräftig gewachsen. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf einen Tiefstand gefallen. Und sogar die realen Löhne sind in den vergangenen Jahren gestiegen. Das Problem: „Der Aufschwung ist nicht in allen Bevölkerungsschichten angekommen, sondern verteilt sich höchst ungleich“, schreibt Dorothee Spannagel im aktuellen WSI-Verteilungsbericht. Nachdem sich die Einkommen von Arm und Reich zu Beginn der 2000er-Jahre besonders stark auseinanderentwickelt hätten, habe die Ungleichheit gegen Ende des Jahrzehnts stagniert, zuletzt jedoch wieder zugenommen.

Die verfügbaren Einkommen der unteren 40 Prozent der Verteilung sind in den letzten 15 Jahren gesunken. Selbst in der Mitte der Bevölkerung sind die Entgelte unter Berücksichtigung der Inflation lediglich konstant geblieben. Die Zuwächse der oberen 10 Prozent fallen hingegen „weit überdurchschnittlich“ aus. Angetrieben wird diese Entwicklung vor allem durch die wachsende Bedeutung von Kapitaleinkommen: In den 1990er-Jahren stiegen Gewinneinkommen und Arbeitnehmerentgelte zunächst parallel an, zwischen 2003 und 2007 schossen Erstere dann in die Höhe. Der Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Volkseinkommen ist dadurch zurückgegangen – die Lohnquote sank von 72,5 Prozent im Jahr 2000 auf aktuell rund 69 Prozent.

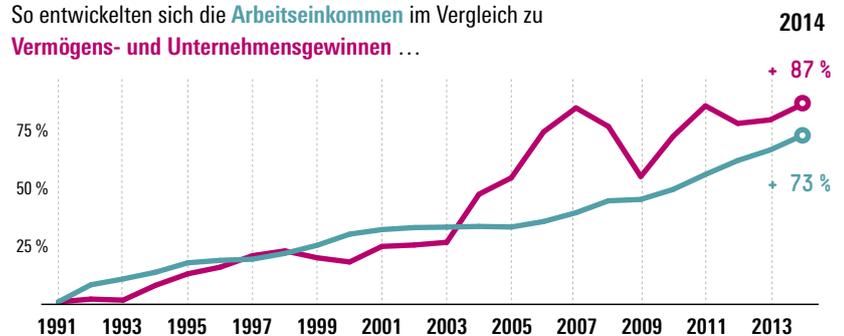
Zugleich ist die Armut gewachsen: Anfang der 2000er-Jahre galten 10 Prozent der Deutschen als arm, 2012 gut 14 Prozent. Der Anteil der Reichen ist ebenso gestiegen – daran hat auch die Finanzkrise nichts geändert. „Die sehr Reichen schweben regelrecht über den konjunkturellen Krisen, während viele Arme auch von einem länger andauernden wirtschaftlichen Aufschwung kaum profitieren können“, so die Autorin. Die Verteilung der Einkommen sei in den letzten drei Jahrzehnten deutlich ungleicher ge-

worden – und zugleich habe sich die Chancengleichheit verringert: Arme blieben heute mit höherer Wahrscheinlichkeit arm, Reiche reich. <

Quelle: Dorothee Spannagel: Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück, WSI-Verteilungsbericht 2015 Download: bit.do/impuls0160

Kapitaleinkommen legen stärker zu

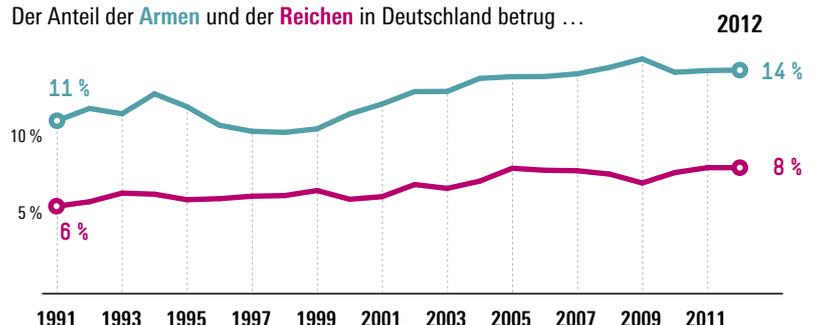
So entwickelten sich die **Arbeitseinkommen** im Vergleich zu **Vermögens- und Unternehmensgewinnen** ...



Quelle: Spannagel 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0161 Daten: bit.do/impuls0162

Die Armut wächst, der Reichtum auch

Der Anteil der **Armen** und der **Reichen** in Deutschland betrug ...



Als arm gelten Personen in Haushalten mit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens, als reich diejenigen mit mehr als 200 Prozent. Quelle: Spannagel 2015

Grafik zum Download: bit.do/impuls0163 Daten: bit.do/impuls0164

Wer im Homeoffice sitzt

Fast jeder dritte Beschäftigte arbeitet wenigstens gelegentlich zu Hause. Eine Studie zeigt, welche Arbeitnehmergruppen am häufigsten am heimischen Schreibtisch ihr Geld verdienen.

Daheim zu arbeiten hat Vorteile. Wer sich nach dem Frühstück direkt an den Computer setzen kann und sich nicht erst durch verstopfte Straßen quälen oder in überfüllte Züge quetschen muss, spart Zeit und Stress. Die Umwelt profitiert von weniger Berufsverkehr. Für Beschäftigte wird es leichter, Betreuungs- oder Pflegeaufgaben mit den beruflichen Pflichten unter einen Hut zu bringen.

Wie viele Arbeitnehmer ihren Dienst im Homeoffice versehen und um welche Beschäftigte es sich dabei vornehmlich handelt, hat die Wirtschaftsforscherin Miruna Sarbu anhand einer repräsentativen Umfrage des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin ermittelt. Ihre Analyse basiert auf Angaben von über 10.000 Berufstätigen aus dem Jahr 2006. Zwar liegt die Befragung schon eine Weile zurück, dennoch dürften die Daten nach wie vor aussagekräftig sein, schreibt Sarbu. Denn andere Studien zeigten, dass sich der Anteil der Heimarbeit an der gesamten Beschäftigung in Deutschland in den vergangenen beiden Jahrzehnten kaum verändert hat.

Computer anwerfen, wenn die Kinder im Bett sind. Arbeitsvertraglich vereinbart sind Homework-Arrangements nur in den seltensten Fällen.

Nach den statistischen Auswertungen der Wissenschaftlerin arbeiten bestimmte Arbeitnehmertypen eher zu Hause als andere:

- ▶ Männer sind etwas öfter daheim tätig als Frauen. Betrachtet man dagegen nur häufigere und permanente Heimarbeit, überwiegt der Anteil der Frauen.
- ▶ Beschäftigte mit kleinen Kindern erledigen Arbeiten öfter zu Hause als andere.
- ▶ Es sind eher höher Qualifizierte, die bisweilen im Homeoffice arbeiten.
- ▶ Ältere machen häufiger Telearbeit als Beschäftigte unter 30 Jahren.
- ▶ Computerarbeit ist, wenig überraschend, dafür prädestiniert, aus der Ferne erledigt zu werden.
- ▶ In kleinen Firmen ist Heimarbeit häufiger als in mittleren oder großen – obwohl Großbetriebe eher über die notwendige

IT-Infrastruktur verfügen dürften. Dies erklärt die Forscherin mit einer „familiären“ Vertrauenskultur, die in überschaubaren Betrieben oft herrsche.

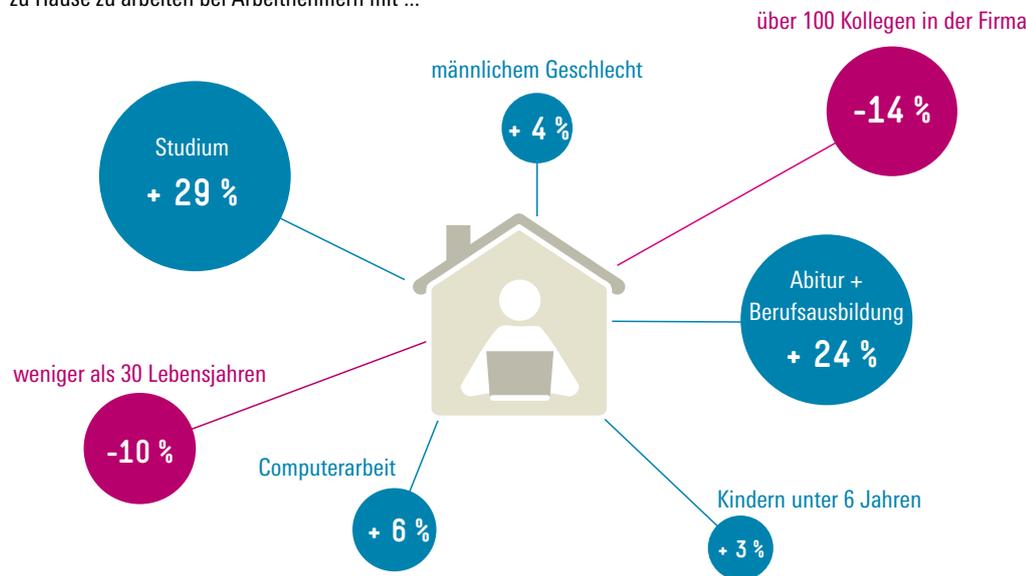
Nicht alle in Erwägung gezogenen Faktoren stellten sich letztlich als einflussreich heraus. Zum Beispiel hat sich die Vermutung, dass gerade Beschäftigte mit besonders langen Anfahrtswegen öfter zu Hause arbeiten als andere, nicht bestätigt. Wer ausschließlich in der Firma und nie daheim seinem Job nachgeht, braucht im Schnitt 24 Minuten zum Arbeitsplatz, Heimarbeiter benötigen durchschnittlich gerade mal eine Minute mehr.

Ein Ergebnis der Studie überrascht auf den ersten Blick: Die Branche, in der am meisten zu Hause gearbeitet wird, ist der öffentliche Dienst. Für diese Phänomen

gibt es allerdings eine einfache Erklärung: Dahinter stecken die Lehrer, die im heimischen Arbeitszimmer Klausuren korrigieren. <

Telearbeit vor allem für höher Qualifizierte

Verglichen mit dem Durchschnitt aller Beschäftigten steigt oder sinkt die Wahrscheinlichkeit zu Hause zu arbeiten bei Arbeitnehmern mit ...



Quelle: Sarbu 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0165

Hans Böckler Stiftung

Demnach arbeiten 30 Prozent der Beschäftigten wenigstens hin und wieder zu Hause. 12 Prozent tun dies häufig oder die ganze Zeit. Darin sind die unterschiedlichsten Formen von Heimarbeit enthalten: sowohl Beschäftigte, die nach Absprache mit Vorgesetzten und Kollegen einen Tag daheim bleiben und ihre Arbeitsergebnisse per Mail verschicken, als auch solche, die trotz 40 Wochenstunden im Büro noch einmal den

Quelle: Miruna Sarbu: Determinants of Work-at-Home Arrangements for German Employees, in: LABOUR 4/2015

Outsourcing drückt die Löhne

Wenn Jobs an Fremdfirmen ausgelagert werden, sind die Beschäftigten die Leidtragenden. Sie verdienen langfristig deutlich weniger. Die Ungleichheit wird dadurch größer.

Das Mantra einer ganzen Generation von Unternehmenslenkern lautet: „Do what you can do best – outsource the rest.“ Zu Deutsch: Tu, was du am besten kannst, und lass den Rest andere machen. Unabhängig davon, ob eine solche Strategie zum Erfolg führt oder nicht, geht sie nachweislich auf Kosten der betroffenen Arbeitnehmer. Denn deren Löhne sinken nach der Auslagerung im Schnitt um rund zehn Prozent. Das ist das Ergebnis einer Studie von Deborah Goldschmidt und Johannes F. Schmieder von der Boston University. Die Ökonomen haben untersucht, wie sich Outsourcing für Beschäftigte in Deutschland in den Bereichen Reinigung, Sicherheit, Logistik, Kantinen und Leiharbeit von 1975 bis 2008 ausgewirkt hat. Die Zahlen stammen aus der Datenbank der Integrierten Erwerbsbiographien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

„Wir stellen einen dramatischen Anstieg des Outsourcings in Deutschland seit den frühen 1990er-Jahren fest“, schreiben die Wissenschaftler. Firmen hätten sich zunehmend auf Leiharbeit, Werkvertragsnehmer und externe Dienstleister verlassen, was die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern grundlegend verändert habe. Es gebe mehrere Motive für die Auslagerung von Jobs – eines der wichtigsten sei die Einsparung von Personalkosten. Dies könne zusammenhängen mit veränderten Management-Philosophien, etwa der stärkeren Betonung des „Shareholder-Values“, oder technologischen Neuerungen.

16 Prozent weniger für Leiharbeiter

Die Auswertung zeigt: Die Löhne fallen durch Outsourcing deutlich, nicht nur unmittelbar danach, sondern über einen längeren Zeitraum. Nach vier bis zehn Jahren lagen die Gehälter rund 10 Prozent niedriger als bei vergleichbaren Jobs, die nicht von Auslagerung betroffen waren. Besonders stark fielen die Einbußen bei Sicherheitsdiensten mit einem Minus von 14 Prozent aus, in der Reinigungsbranche mit minus 12 Prozent sowie bei Kantinen und Mensen mit minus 11 Prozent. In der Logistikbranche, zum Beispiel bei Lkw-Fahrern, waren die Verluste mit rund 6 Prozent weniger hoch. In den Fällen, in denen es sich bei dem neuen Arbeitgeber um eine Leiharbeitsfirma handelte, sanken die Löhne – unabhängig von der Tätigkeit – sogar um 16 Prozent.

Die Forscher haben speziell solche Fälle untersucht, bei denen Firmen einen Teil der

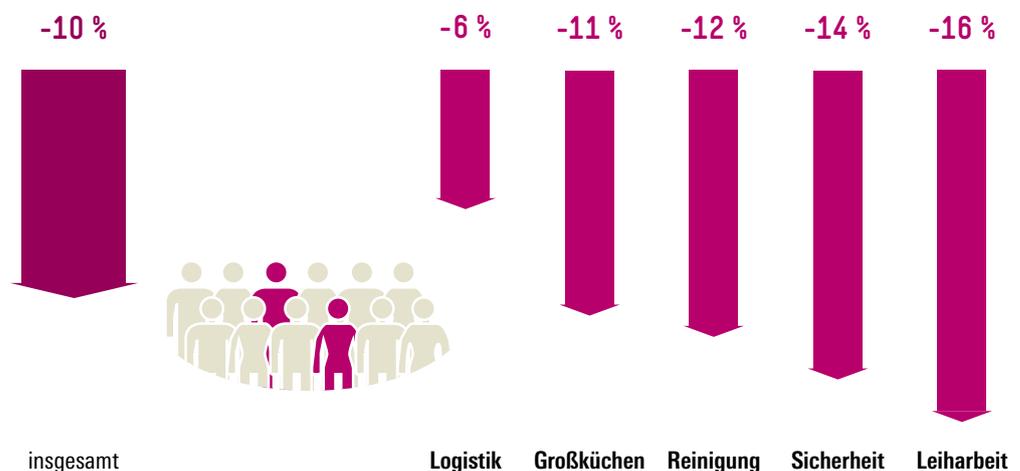
Belegschaft an Subunternehmen auslagern, diese Beschäftigten jedoch weiterhin am selben Ort wie zuvor arbeiten. Ein klassischer Fall ist eine Firma, die ihre Kantine an ein rechtlich unabhängiges Tochterunternehmen oder eine Fremdfirma abgibt. An der eigentlichen Tätigkeit ändert sich für das Personal zunächst wenig, sie sind allerdings bei einem anderen Arbeitgeber angestellt – und verdienen langfristig weniger, wie die Untersuchung zeigt. „Unter Unternehmensdienstleistern herrscht ein erbitterter Wettbewerb um Aufträge“, so die Autoren. Dieser Wettbewerb werde über den Preis entschieden und sorge für Druck auf die Löhne. In diesem Umfeld sei es für die Beschäftigten außerordentlich schwierig, eine bessere Entlohnung auszuhandeln. Indirekt bekomme dies auch die Stammebelegschaft zu spüren – auch deren Verhandlungsposition werde durch die Konkurrenz niedrig bezahlter Kollegen geschwächt.

Der Trend zum Outsourcing und die damit verbundenen Lohnseinbußen haben weitreichende Folgen: Die Ungleichheit bei den Löhnen sei in den vergangenen Jahrzehnten massiv gestiegen, schreiben Goldschmidt und Schmieder. Dies lasse sich teilweise durch die Erosion der Tarifbindung erklären, aber auch durch die Auslagerung von Jobs an Dienstleister und Leiharbeitsfirmen. Nach Berechnungen der Wissenschaftler ist allein das Outsourcing in den Bereichen Reinigung, Sicherheit und Logistik für etwa 10 Prozent des gesamten Anstiegs der Lohnungleichheit in Deutschland seit den 1980er-Jahren verantwortlich. <

Quelle: Deborah Goldschmidt, Johannes F. Schmieder: The Rise of Domestic Outsourcing and the Evolution of the German Wage Structure. IZA Discussion Paper, No. 9194, Juli 2015.
Download: bit.do/impuls0166

Gleiche Arbeit, weniger Lohn

Nach Outsourcing sanken die Löhne gegenüber vergleichbaren Jobs innerhalb von zehn Jahren um ...



Quelle: Goldschmidt, Schmieder 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0167

Hans Böckler
Stiftung

Niedrigzinsen verursachen keine Blasen

Für Immobilienblasen wird häufig eine zu laxe Geldpolitik verantwortlich gemacht. Belegen lässt sich das allerdings nicht. Gefährlich ist vielmehr eine lasche Regulierung.

Wie Seifenblasen entstehen, ist physikalisch gut geklärt und hängt mit Oberflächenspannung zusammen. Wie Spekulationsblasen, etwa auf Immobilienmärkten, entstehen, ist dagegen unter Experten ausgesprochen umstritten. Eine gefährliche Unklarheit, weil Spekulationsblasen Wirtschaftskrisen auslösen können. Zu den vermeintlichen Ursachen, die in der Debatte kursieren, gehört eine expansive Geldpolitik. Inwieweit entsprechende Erklärungen wissenschaftlich haltbar sind, haben Sebastian Dullien, Heike Joebges und Alejandro Márquez-Velázquez für das IMK untersucht. Die Ökonomen von der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) haben die einschlägige Literatur ausgewertet und eigene empirische Analysen durchgeführt. Das Ergebnis: Dass zu niedrige Leitzinsen die jüngsten Blasen an den Immobilienmärkten verursacht hätten, erscheint weder theoretisch noch empirisch plausibel. Eine entscheidende Rolle haben dagegen Veränderungen bei der Regulierung gespielt, die riskanten neuen Finanzprodukten den Weg ebneten.

Schon darüber, was eine Immobilienblase überhaupt ausmacht, gebe es keinen Konsens, schreiben die Forscher. Die gängige Definition laufe darauf hinaus, dass die Preise für Immobilien den „wahren“ Wert übersteigen. Das ist möglich,

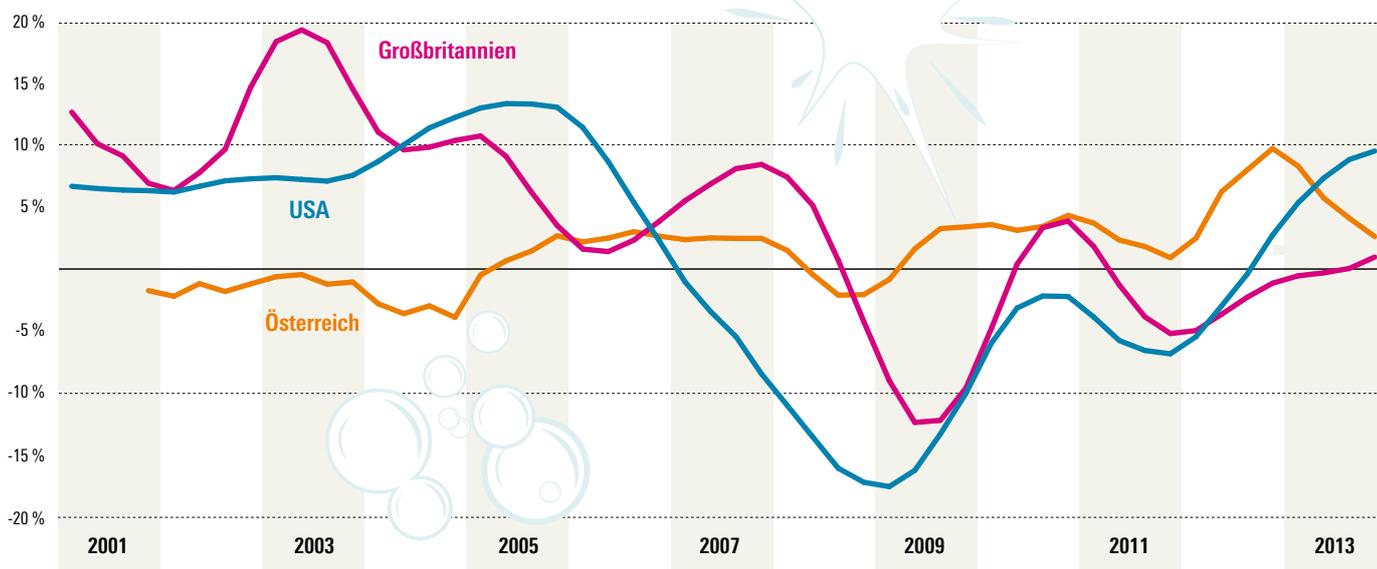
wartenswert aller künftigen Mieteinnahmen – oder der Einsparungen durch den Wegfall von Mietzahlungen – abzüglich der Kosten für Instandhaltung. Da dafür sowohl Mieteinnahmen als auch das Zinsniveau prognostiziert werden müssen, ist diese Berechnung zwangsläufig eine unsichere Angelegenheit.

Wie vor diesem Hintergrund Blasen entstehen können, erklärt die ökonomische Literatur kaum. Eine der wenigen Theorien, die einen Zusammenhang zur Geldpolitik herstellen, beruht auf der sogenannten Geldillusion: Schwankungen des nominalen Zinsniveaus aufgrund eines unerwarteten Rückgangs der Inflation werden als Senkung der realen Zinssätze missverstanden, sodass die Finanzierung von Immobilien günstiger erscheint. Lockere Geldpolitik an sich wäre demnach nicht schädlich, betonen die Berliner Ökonomen, sondern allenfalls abrupte Politikwechsel der Zentralbank, die zu langfristig niedrigeren Inflationsraten führen.

Auch in der empirischen Literatur finden sich der Studie zufolge keine überzeugenden Belege für die These, dass expansive Geldpolitik Blasen verursacht. Dullien, Joebges und Márquez-Velázquez haben Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich für 16 Industrieländer ab Mitte der 1980er-Jahre bis 2012 ausgewertet. Als Immobilienblasen ha-

Stabiles Österreich

So entwickelten sich die Preise für Wohneigentum in ...



Veränderung gegenüber dem Vorjahr Quelle: Dullien u. a. 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0168 Daten: bit.do/impuls0169

Hans Böckler
Stiftung

wenn Häuser als Anlageobjekte dienen und die Käufer auf weiter steigende Preise vertrauen. Mit anderen Worten: Wenn der einzige Grund für hohe Preise der Glaube an noch höhere Preise ist, handelt es sich um eine Blase. Das Problem: Der „wahre“ oder fundamentale Wert von Wohneigentum ist sehr schwer zu ermitteln. Mathematisch entspräche er dem Gegen-

ben sie Phasen definiert, in denen die Häuserpreise inflationsbereinigt zunächst um mehr als fünf Prozent jährlich steigen und später ebenso kräftig fallen. Als Indikator für die Ausrichtung der Geldpolitik haben die Wissenschaftler zum einen Abweichungen der nominalen Leitzinsen von der sogenannten Taylor-Regel verwendet, die das angemessene Zinsniveau aus

Wachstum und Inflation ableitet: Je höher die erwartete Preissteigerung und das Wachstum sind, desto höher sollte der Leitzins sein. Zum anderen haben sie Abweichungen der realen Leitzinsen von ihrem langjährigen Trend betrachtet.

Wenn gleichzeitig Wirtschaftswachstum, Finanzmarktentwicklung und ausländische Kapitalzuflüsse berücksichtigt werden, zeigt sich: Ein stabiler Zusammenhang zwischen Blasenbildung und lockerer Geldpolitik ist nicht erkennbar, wenn man Abweichungen von der Taylor-Regel zum Maßstab nimmt. Lediglich starke Rückgänge der realen Zinsen sind statistisch relevant. Allerdings hängen die Auswirkungen von Zinsänderungen ganz entscheidend von der Entwicklung des Finanzmarktes ab: Je größer der Anteil der privaten Kredite am Bruttoinlandsprodukt ist oder je liberaler die Vorschriften für Verbriefungen sind – also für die Möglichkeit, mit Hypotheken Handel zu treiben –, desto größer der Effekt.

Um die Zusammenwirkung von Geldpolitik und Regulierung besser nachvollziehen zu können, haben Dullien, Joebges und Márquez-Velázquez sich die Entwicklung der Immobilienpreise in drei Ländern im Detail angeschaut. Zum einen haben sie sich der USA angenommen, wo es von Ende 1998 bis 2006 einen Boom auf dem Wohnungsmarkt gab, bevor die Blase platzte. Die Geldpolitik war in dieser Zeit ausgesprochen locker: Der Leitzins lag während der Boom-Phase permanent unter den Vorgaben der Taylor-Regel. Zugleich führten Änderungen in der Regulierung ab dem Jahr 2000 zu einem schwunghaften Handel mit sogenannten Credit Default Swaps, also mit Ausfallversicherungen unter anderem für verbrieft Hypotheken. Die Folge: Immer mehr Investoren interessierten sich für den scheinbar risikofreien Hypothekenhandel, was die Standards für Kredite unterminierte. Im Jahr 1997 lag die Summe der Hypotheken bei weniger als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bis 2008 stieg sie auf 90 Prozent. Nach Einschätzung der HTW-Forscher dürfte diese Entwicklung den Ausschlag für die Probleme am US-Immobilienmarkt gegeben haben.

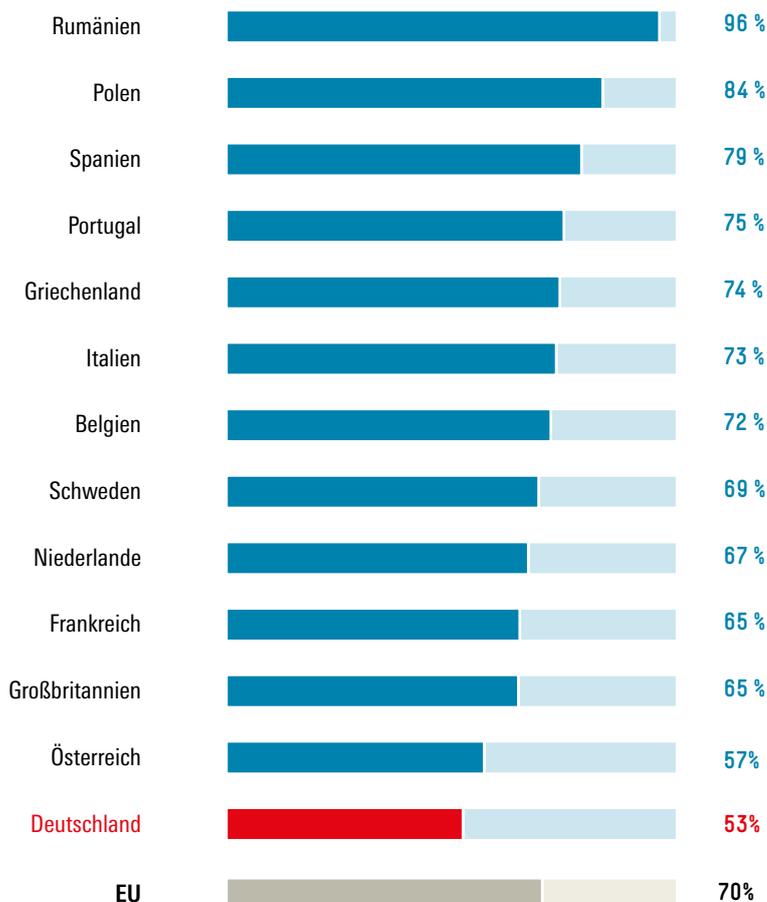
Sozialer Wohnungsbau gegen Immobilienblasen

Dass expansive Geldpolitik keine notwendige Bedingung für Immobilienblasen ist, zeigt das Beispiel Großbritanniens. Dort mündete der Boom, der 1997 begonnen hatte, 2009 in eine Krise. Die Politik der Bank of England war in diesem Zeitraum eher restriktiv: Der Leitzins lag fast durchgängig höher als von der Taylor-Regel verlangt und wurde erst 2009 als Reaktion auf die Krise kräftig gesenkt. Ähnlich wie in den USA scheinen „Finanzinnovationen“ eine entscheidende Rolle gespielt zu haben: Innerhalb von einem Jahrzehnt habe bei der Immobilienfinanzierung ein Wechsel weg von Banken und Bausparkassen hin zum Finanzmarkt stattgefunden, so die Autoren. Der Anteil der verbrieften Hypotheken betrug 2008 etwa 60 Prozent.

Als drittes Land haben die Wirtschaftswissenschaftler Österreich ausgewählt, wo die Immobilienpreise bis Mitte der 2000er-Jahre stagniert haben. Erst seit Kurzem sind hohe Preiszuwächse feststellbar. Zwischen 2000 und 2008 war der Leitzins in jedem Jahr niedriger, als es die Taylor-Regel vorsieht. Dass Österreich trotzdem von Blasen verschont geblieben ist, führen die Forscher zum einen auf die landestypischen Finan-

Mieterland Deutschland

Eigenheimbesitzer waren 2014 in ...



Quelle: Eurostat 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0170 Daten: bit.do/impuls0171

Hans Böckler
Stiftung

zierungsmodelle zurück: Üblich seien vergleichsweise hohe Eigenanteile und langfristige Finanzierung. Moderne strukturierte Verbriefungen sind dagegen erst seit 2005 möglich und machen lediglich 7 Prozent der Hypotheken aus. Ein weiterer wichtiger Faktor ist der Analyse zufolge der soziale Wohnungsbau: Mehr als 50 Prozent der österreichischen Mietwohnungen sind Genossenschafts- oder Gemeindewohnungen, was für bezahlbare Mieten und damit indirekt auch für stabile Preise auf dem Immobilienmarkt sorgt.

Insgesamt zeige der Ländervergleich, dass lockere Geldpolitik weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung für Spekulationsblasen ist, resümieren die Ökonomen. Die verbreiteten Schuldzuweisungen an die Zentralbanken hätten eine extrem schwache wissenschaftliche Grundlage. Der Politik empfehlen Dullien, Joebges und Márquez-Velázquez, die Auswirkungen von riskanten Finanzinnovationen im Auge zu behalten, um Blasen zu verhindern. Dass hohe Zinsen zur Prävention eher ungeeignet sind, belege das Beispiel Großbritanniens. Die Zentralbanken sollten stattdessen vor allem unerwartete Änderungen beim Inflationsniveau verhindern. <

Quelle: Sebastian Dullien, Heike Joebges, Alejandro Márquez-Velázquez: What causes housing bubbles? A theoretical and empirical inquiry, IMK Study Nr. 43, Dezember 2015
Download: bit.do/impuls0172

Dem Aufschwung fehlt die Kraft

Jüngere Wirtschaftsdaten erwecken den Eindruck, Europa sei auf dem Wege der Besserung. Doch die Krise ist nicht ausgestanden.

Die große Krise ist nicht vorbei. Zu diesem Ergebnis kommen das IMK, das Pariser Observatoire Francais des Conjonctures Economiques, der Economic Council of the Labour Movement in Kopenhagen und die Arbeiterkammer Wien im vierten Independent Annual Growth Survey, der eine Alternative zum gerade erschienenen Annual Growth Survey der EU-Kommission darstellt. Auch wenn der Trend zu positiven Wachstumsraten und Leistungsbilanzüberschüssen gehe, heiße das noch lange nicht, dass der Euroraum wirtschaftlich gesunde. Vielmehr drohe eine Phase der Stagnation mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit. Die Lage könne jederzeit kippen und Europa in eine deflationäre Abwärtsspirale stürzen. Denn anders als in den USA oder Großbritannien fehle dem Aufschwung die Kraft.

Das hat, so die Analyse, vor allem mit dem wirtschaftspolitischen Umfeld zu tun: Während Amerikaner und Briten höhere Inflation, defizitäre Leistungsbilanzen und schneller steigende Staatsschulden duldeten, hielten sich die Euroländer lange an konservative Kaufmannstugenden. Resultat: niedrigere und aktuell weiter rückläufige Investitionen, weniger Wachstum, höhere Erwerbslosenquoten.

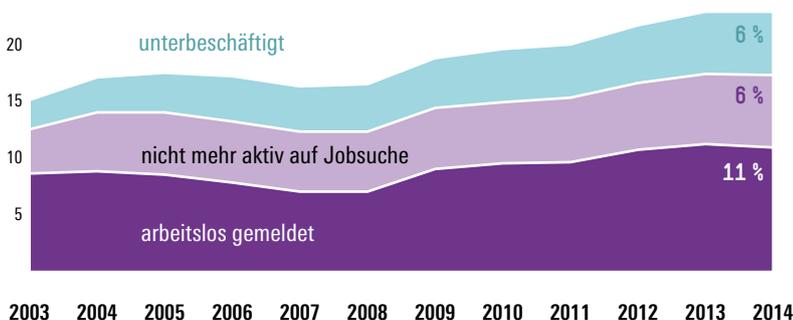
Der „viel zu langsame Abbau der Arbeitslosigkeit“ – beim jetzigen Tempo würde die Quote erst 2022 wieder auf den Stand von 2007 fallen – werde tiefe Narben hinterlassen, fürchten die Wirtschaftsforscher. Fast jeder vierte Erwerbwillige und -fähige im Euroraum ist heute arbeitslos gemeldet, unterbe-

schäftigt oder hat entmutigt die aktive Jobsuche eingestellt. Ohne Politikwechsel sehen die Forscher eine Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit, schlechtere Arbeitsbedingungen und Löhne, weiter nachlassende Investitionen und einen schrumpfenden volkswirtschaftlichen Kapitalstock voraus. Mehr Armut und eine perspektivlose Jugend schmälerten langfristig das produktive Potenzial vor allem in Südeuropa. <

Quelle: IMK, OFCE, ECLM, AK Wien: Give Recovery a Chance, November 2015
Download: bit.do/impuls0173

Dstere Aussichten am europäischen Arbeitsmarkt

In der Eurozone waren ...



Quelle: IMK u. a. 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0174 Daten: bit.do/impuls0175

Hans Böckler
Stiftung

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Sparen kostet Wachstum

Sparmaßnahmen haben die Krise in der Eurozone massiv verschärft. Bis zu 80 Prozent der Einbußen beim Wirtschaftswachstum sind darauf zurückzuführen.

Die Austeritätspolitik der Euroländer ist maßgeblich für die schwache wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich. Das zeigen Simulationsrechnungen, die IMK-Forscher Ansgar Rannenber, Christian Schoder von der New School for Social Research und Jan Strasky von der OECD mit makroökonomischen Modellen der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission durchgeführt haben. In den Modellen verringert die Sparpolitik das Bruttoinlandsprodukt zum einen direkt, weil die staatliche Nachfrage zurückgeht. Darüber hinaus sinkt mit dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, die mehr Steuern zahlen, weniger Sozialleistungen erhalten und zum Teil von Jobverlusten betroffen sind, der Konsum. Zudem gehen die privaten Investitionen und die Inflation zurück, was den Realzins erhöht und so die Binnennachfrage zusätzlich bremst.

Allein wenn man diese Effekte berücksichtigt, dürften die Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen der Jahre 2011

bis 2013, die sich nach Schätzungen der EU auf etwa 4 Prozent der Wirtschaftsleistung der Eurozone summieren, das reale Bruttoinlandsprodukt bis Ende 2013 um 2,5 bis 3,5 Prozent gedrückt haben. Noch deutlicher fllt das Ergebnis aus, wenn angenommen wird, dass Unternehmen und Haushalte in der Krise schwerer an Kredite kommen. Der Analyse zufolge wären es dann 4,5 Prozent. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts der Euroländer im Vergleich zum Vorkrisentrend wäre demnach zu vier Fünfteln auf Konsolidierungsmaßnahmen zurückzuführen. Nach Ansicht der Ökonomen hätten diese Verluste größtenteils vermieden werden können, wenn die Regierungen Einsparungen auf Zeiten mit robustem Wachstum verschoben hätten. <

Quelle: Ansgar Rannenber, Christian Schoder, Jan Strasky: The macroeconomic effects of the Eurozone's fiscal consolidation, Vox EU, November 2015 Download: bit.do/impuls0176

Regeln für die digitale Zukunft

Der Einsatz moderner Technologien wird die Arbeit verändern. Umso wichtiger ist es, Arbeitnehmer und ihre Vertreter frühzeitig einzubeziehen.

Die Digitalisierung hält Einzug in die Arbeitswelt. Sie schafft neue Möglichkeiten, bringt aber auch Herausforderungen mit sich. Betriebsräte sollten sich so früh wie möglich dafür einsetzen, den bevorstehenden Wandel zu gestalten. Zugleich müssen sie mit mehr Rechten ausgestattet werden. Das ist das Ergebnis einer Analyse von Manuela Maschke und Nils Werner aus der Mitbestimmungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. „Faire, transparente Regeln sind nicht nur im Interesse der Beschäftigten“, betont Maschke. „Sie sind Voraussetzung für motivierte, selbstverantwortliche Arbeit, ohne die moderne Unternehmen gar nicht funktionieren können.“

Dem von Maschke geleiteten Archiv für Betriebsvereinbarungen liegen insgesamt rund 2.500 Abkommen vor, die auf sehr unterschiedliche Weise den Einsatz von Technik regeln, wie etwa die Nutzung mobiler Geräte, Social Media oder Datenschutz. Darüber hinaus betrifft die Digitalisierung Themen wie Arbeitszeit, Arbeitsprozesse, Gesundheitsschutz oder Weiterbildung. Auch dazu gibt es bereits praktische Erfahrungen. Anhand von Beispielen zeigen die Experten, welche Praktiken sich bewährt haben und wo noch Handlungsbedarf besteht.

Die neuen Möglichkeiten erlauben auf der einen Seite mehr Freiheiten und Flexibilität, auf der anderen Seite verlangen sie dem einzelnen Beschäftigten mehr ab: „Arbeiten ist zu jeder Zeit und an allen Orten möglich, wachsende Leistungsverdichtung und ständige Erreichbarkeit erzeugen so viel Druck, dass individuell Grenzen kaum gesetzt werden können“, so die Autoren.

Keine E-Mails im Urlaub

Dass Betriebsräte einiges erreichen können, zeigen aktuelle Fälle: Bei Volkswagen vereinbarte man, dass Server außerhalb der vertraglichen Arbeitszeit für tariflich Beschäftigte abgeschaltet werden. Daimler richtete einen elektronischen Abwesenheitsassistenten namens „Mail on Holiday“ ein, der alle E-Mails, die während des Urlaubs eingehen, automatisch löscht. Die Botschaft: Man muss nicht im Urlaub arbeiten. „Wenn die allgegenwärtige Erreichbarkeit eingehegt wird und über die vereinbarte Arbeitszeit hinausgehende Leistung auch bezahlt wird, dann wird der Nutzen des Arbeitens unabhängig von Zeit und Ort wachsen“, erklärt Maschke.

Bislang kaum geregelt ist, wer die Hoheit über die wachsenden Datenmengen hat und wie sich die Überwachung von Beschäftigten eindämmen lässt. So ist es beispielsweise technisch machbar, jederzeit zu kontrollieren, was die Beschäftigten tun und wo sie sich aufhalten. Alle Zugriffe über mobile Geräte können lückenlos aufgezeichnet werden. Je nach Freigabe kann der Arbeitgeber sogar bei Telefonaten mithören. Dies alles eröffnet völlig neue Möglichkeiten der Verhaltens- und Leistungskontrolle – die sich jedoch durch neue Betriebsvereinbarungen eingrenzen lassen. Einige bereits bestehende Ver-

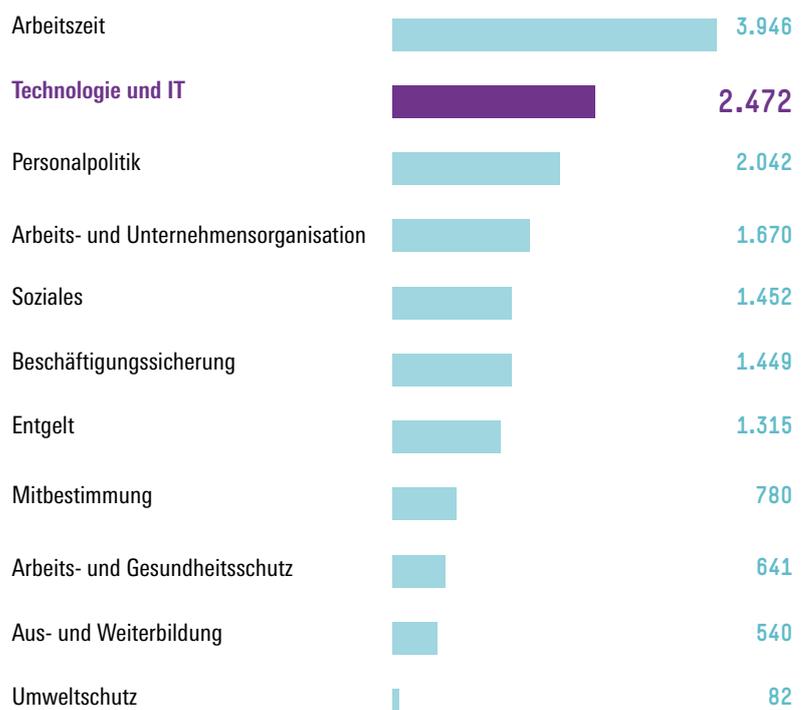
einbarungen listen zulässige Auswertungen von Daten in allgemeiner Form auf. Jegliche darüber hinausgehende Nutzung ist dann verboten, auch die Weiterverarbeitung durch externe Dienstleister. „Wenn Betriebsrat und Datenschutzbeauftragte bei der Umsetzung von Beginn an mit am Tisch sitzen, dann können viele Widerstände bei der Einführung neuer Technologien von vornherein vermieden werden“, so Maschke.

„Heute ist noch offen, welche theoretisch denkbaren, politisch diskutierten und prognostizierbaren Szenarien tatsächlich Realität werden“, schreiben die Experten. Ob viele oder wenige Menschen von Digitalisierung profitieren, hänge davon ab, wie Sozialpartner und politisch Verantwortliche sich für Mitbestimmungsrechte stark machen. Mehr Rechte für Betriebsräte seien ein Gebot der Stunde, wenn die Vorteile neuer Technologien im Interesse aller genutzt werden sollen. Betriebsräte und Gewerkschaften müssten von Beginn an einbezogen werden. Dabei gehe es nicht darum, technische Neuerungen zu verhindern, sondern diese so zu gestalten, dass Beschäftigte keine Nachteile befürchten müssen und die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt. <

Quelle: Manuela Maschke, Nils Werner: Arbeiten 4.0 – Diskurs und Praxis in Betriebsvereinbarungen, Mitbestimmungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung, Report Nr. 14, Oktober 2015 Download: bit.do/impuls0177

IT häufig geregelt

Die vom Archiv für Betriebsvereinbarungen ausgewerteten Dokumente beziehen sich auf



Quelle: Archiv Betriebliche Vereinbarungen 2015
 Grafik zum Download: bit.do/impuls0178 Daten: bit.do/impuls0179

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 / 77 78-0
 Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
 Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
 Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Sabrina Böckmann, Jörg Hackhausen,
 Dr. Kai Kühne
 E-Mail: redaktion-impuls@boeckler.de
 Telefon: 02 11 / 77 78-631, Fax: 02 11 / 77 78-4631
 Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
 Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

MITBESTIMMUNG

Topthemen Gesundheit und Stress

Von den Betriebsräten beschäftigten sich 2014 mit ...



Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2015 bit.do/impuls0180

EINKOMMEN

Lohneinbußen bei späterem Wiedereinstieg

Laut einer aktuellen Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hängt die Lohnentwicklung von Müttern vor allem damit zusammen, wann sie wieder in den Beruf einsteigen. Frauen, die ihre Karriere höchstens für die Dauer der gesetzlich vorgesehenen Elternzeit unterbrechen, haben im Vergleich zu ihren kinderlosen Kolleginnen nur geringe und kurzfristige Verdienstmachteile. Wer später in den Beruf zurückkehrt, verdient auch noch zehn Jahre nach der Elternzeit rund fünf Prozent weniger.

Quelle: DIW, November 2015 bit.do/impuls0181

DEMOGRAFIE

Flüchtlinge sind eine Chance für den Arbeitsmarkt

Das Erwerbspersonenpotenzial wird mittelfristig um 1,5 Prozent steigen, wenn 2015 und 2016 jeweils eine Million Asylsuchende nach Deutschland kommen. Das haben Modellrechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ergeben. Die Forscher gehen von positiven Effekten für den Arbeitsmarkt aus: Die Folgen des demografischen Wandels könnten so gedämpft werden. Mittelfristig werde trotz der Zuwanderung die Zahl der erwerbsfähigen Personen in Deutschland deutlich zurückgehen.

Quelle: IAB, November 2015 bit.do/impuls0182

ARBEITSMARKT

Beschäftigungsrekord

Die Zahl der Erwerbstätigen lag im dritten Quartal 2015 bei ...



Quelle: Destatis, November 2015
bit.do/impuls0183

UNTERNEHMEN

In Südeuropa dominieren kleine Unternehmen

In Firmen mit weniger als 10 Beschäftigten arbeiten in ...

Griechenland	58,6 %
Italien	46,4 %
Portugal	42,3 %
EU	29,2 %
Deutschland	19,0 %
Großbritannien	17,3 %

Nichtfinanzieller Bereich der Privatwirtschaft, Stand 2012; Quelle: Eurostat, November 2015
bit.do/impuls0184

BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Weniger Geförderte

Arbeitsmarktpolitisch gefördert wurden im Oktober ...



Quelle: BA, Oktober 2015 bit.do/impuls0185